



**ICAN** 2017  
NOBEL  
PEACE  
PRIZE  
PARTNER



**ippnw**  
Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V.

Abs: ICAN Hamburg, c/o Dr. Inga Blum, Flüggenweg 6, 21224 Rosengarten, 0172-4063872, kontakt@ican.hamburg

An

den Ersten Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher  
die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank  
die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit  
den SPD Fraktionsvorsitzenden Dirk Kienscherf  
die Grünen Fraktionsvorsitzenden Jenny Jasberg und Dominik Lorenzen

Nachrichtlich an: Die Fraktionen der SPD, Grünen, CDU und FDP und an die Unterzeichner:innen der ICAN Erklärung für Abgeordnete aus der Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, 23.05.2022

### **Keine 100 Mrd. Euro per Verfassungsänderungen! Stimmen Sie gegen die nukleare Aufrüstung!**

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Tschentscher,  
Sehr geehrte Frau Zweite Bürgermeisterin Fegebank,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gemeinsam verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser Krieg muss sofort gestoppt werden. Dass dieser Krieg weiter eskaliert und selbst ein Einsatz von Atomwaffen nicht auszuschließen ist, macht uns und vielen Menschen in Europa große Sorgen. Mit dem jetzt zur Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat anstehendem „Sondervermögen Bundeswehr“ sollen zusätzlich 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung verbunden mit einer Verfassungsänderung bewilligt werden. Zum Wohl und zur Gesundheit der Hamburger:innen bitten wir Sie: Sagen Sie im Bundesrat NEIN zu diesem Aufrüstungspaket, mit dem auch die Zustimmung zur Beschaffung neuer Kampfbomber für die in Büchel auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen erteilt werden soll.

***Das 100-Milliarden-Programm als „Sondervermögen“ per Verfassungsänderung ist undemokratisch und wirft nicht nur aus unserer Sicht elementare Fragen demokratischer Grundrechte auf. Auch zahlreiche eher konservative Stimmen warnen, weil mit der Festschreibung im Grundgesetz und mit der Erhöhung der Militärausgaben auf 2% des BIP eine Militarisierung festgeschrieben wird, die durch nachfolgende Generationen kaum noch zu korrigieren sein wird und den Handlungsspielraum zukünftiger Regierungen erheblich einengt.***

Eine derart weitreichende Grundgesetzänderung ohne Zeit für eine demokratische gesellschaftliche Debatte ist unverhältnismäßig, besonders, da es in breiten Teilen der Bevölkerung jahrelange Vorbehalte gegenüber einer zunehmenden Militarisierung gibt.

Die Hamburger Bürgerschaft hat sich – wie viele andere Städte in Deutschland – bereits im Januar 2020 in einem breit getragenen Beschluss dafür ausgesprochen, auf ein Verbot von Atomwaffen hinzuwirken und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrag der UN umzusetzen.  
[https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/02/hamburg\\_beschluss.pdf](https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/02/hamburg_beschluss.pdf)

Darin heißt es unter anderem: „Die Bürgerschaft teilt die tiefe Sorge über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen und erkennt die dringende Notwendigkeit an, diese unmenschlichen und abscheulichen Waffen zu vernichten.“ Angesichts der aktuellen Lage im Ukraine-Krieg wächst die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Eine Sorge, die auch den Bundeskanzler offenbar umtreibt.

Als „Internationale Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkriegs“ (IPPNW) und Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) haben wir bezüglich des Sondervermögens schwerwiegende Bedenken, insbesondere im Hinblick auf den Kauf der F-35 als Nachfolger für die Tornado-Kampffjets. Mit diesen Flugzeugen können deutsche Pilot:innen US-Atombomben einsetzen und sie schaffen die Voraussetzung für die Stationierung aufgerüsteter B61-12 Atombomben in Deutschland ab 2023. Das ist ein verheerendes Signal gegenüber Ländern, die momentan auch über eine nukleare Aufrüstung nachdenken und es wäre ein weiterer Schritt der Eskalation. Machen Sie stattdessen einen mutigen Schritt für den Frieden und eine atomwaffenfreie Welt, indem Sie gegen diese nukleare Aufrüstung stimmen.

Wir müssen langfristig denken: Eine Welt, in der jeder Staat aufrüstet und weitere Staaten nach Atomwaffen streben, ist keine sicherere Welt. Deutschland muss jetzt zeigen, dass die Stärkung des Nichtverbreitungsvertrags und Ächtung von Massenvernichtungswaffen Priorität haben. Wie im Koalitionsvertrag festgehalten ist das Ziel ein Deutschland frei von Atomwaffen. Das juristische Instrument für die Eliminierung von Atomwaffen – der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) – wird im Juni 2022 in Wien weiterentwickelt.

Bitte entsenden Sie auch Vertreter:innen aus Hamburg als Beobachter:innen, um damit ein Signal zu setzen! Die Bürgermeister für den Frieden, bei denen Hamburg Mitglied ist, laden Sie am Mittwoch, 25. Mai, herzlich zu einem Webinar ein, bei dem es darum gehen wird, welche Rolle Städte für das Voranbringen des Atomwaffenverbotsvertrags spielen können:

<https://www.mayorsforpeace.eu/key-days-in-the-mayors-for-peace-agenda-viennas-msp1-meeting-and-webinar-on-the-role-of-cities-in-promoting-the-nuclearban/>

100 Milliarden für Aufrüstung zieht Ressourcen aus wichtigen Zukunftsprojekten ab – es bindet Finanzmittel, die besser für nachhaltige, kooperative Sicherheit zu verwenden wären, Deutschland von fossilen Ressourcen unabhängig machen könnte und um Geflüchtete, z.B. aus der Ukraine, zu unterstützen. Das Sondervermögen löst den dem Ukraine-Krieg zugrundeliegenden Konflikt nicht. Es behindert vielmehr die dringend benötigte Stärkung der Rüstungskontrolle und den Wiederaufbau von Vertrauen für eine nachhaltige europäische Friedensordnung.

Wir appellieren an Sie: Sorgen Sie mit einem NEIN im Bundesrat dafür, dass sich die Bundesregierung für einen Friedensprozess einsetzt, der Rüstungskontrolle und Abrüstung als wesentliche Bestandteile beinhaltet und zur Abschaffung aller Atomwaffen beiträgt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med Inga Blum, ICAN Hamburg, Vorstandsmitglied der IPPNW (international)

Daniel Becker, ICAN Hamburg, Vorstandsmitglied der Deutschen Sektion der IPPNW

Ute Rippel-Lau, ICAN Hamburg, Vorstandsmitglied der Deutschen Sektion der IPPNW

Dr.med. Lisann Drews, ICAN Hamburg, IPPNW

Jochen Rasch, ICAN Hamburg

Dirk Seifert, ICAN Hamburg